



92. DV Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB
92e AD Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP
92a AD Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP

92. Delegiertenversammlung des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB
«Schwächt der Föderalismus die Sicherheit?» vom 26./27. Juni 2014 im Kongresszentrum Basel

Medienmitteilung – 8. Juli 2014

Der Föderalismus darf die Sicherheit nicht schwächen

Es braucht Weitsicht und kein Gärtchendenken!



v.l.: Ida Glanzmann (Nationalrätin), André Duvillard (Delegierter Sicherheitsverbund Schweiz), Adrian Plachesi (Moderator), Monica Bonfanti (Chefin der Genfer Kantonspolizei) und Brigadier Beat Eberle (Kommandant der Militärischen Sicherheit); Bild: Hans Peter Blunier

pd – Kriminelle Gruppierungen machen keinen Halt an einer Kantonsgrenze oder dergleichen. Oft werden aber die Polizistinnen und Polizisten wegen diesen Grenzen in ihrer Arbeit behindert. Anlässlich der 92. Delegiertenversammlung des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB von Ende Juni wurden in Basel die Auswirkungen des Föderalismus auf die Sicherheit diskutiert. Nachdem am Donnerstag die Delegierten des VSPB die Resolution „Der Föderalismus darf die Sicherheit in der Schweiz nicht schwächen!“ verabschiedeten, kamen am Freitag prominente Vertreter der Inneren Sicherheit und Politik zu Wort.

In seiner Resolution „Der Föderalismus darf die Sicherheit in der Schweiz nicht schwächen!“ fordert der VSPB eine einheitliche Polizeiausbildung, eine Vereinheitlichung der Zuständigkeiten auf Stufe der Bundespolizeilichen Sicherheitskräfte (analog dem SECO), die Vermeidung von föderalismusbedingten Doppelspurigkeiten, sowie eine Optimierung der Logistikkosten. Diese Massnahmen sollen dazu beitragen, dass mit den vorhandenen Polizeibeständen eine grösstmögliche Sicherheit gewährleistet werden kann.



Organisator/Organisateur/Organizzatore
Polizeibeamten-Verband des Kantons Basel-Stadt



92. DV Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB
92e AD Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP
92a AD Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP

Der VSPB hält weiterhin an seiner Forderung nach mehr Personal fest und betont, dass schweizweit mehrere Tausend Polizistinnen und Polizisten fehlen.

Am Freitag widmeten sich Nationalrätin Ida Glanzmann, André Duvillard, Delegierter des Sicherheitsverbands Schweiz (SVS), Monica Bonfanti, Chefin der Genfer Kantonspolizei, Brigadier Beat Eberle, Kommandant der Militärischen Sicherheit, und Professor Olivier Ribaux von der Universität Lausanne diesem Thema und beantworteten die Fragen der Polizistinnen und Polizisten.

In seinem Einführungsreferat wies Professor Olivier Ribaux von der Universität Lausanne darauf hin, dass es kein ideales System für die Innere Sicherheit gibt, da die Herausforderungen bei der Bekämpfung der Kriminalität sehr komplex und schnelllebig sind. Falls es gelingt den Föderalismus in eine modernere Form weiterzuentwickeln, dann könnten diese Hürden eher überwunden werden.“

Gesamtschweizerische Strategie fehlt

„Der Föderalismus hat den grossen Nachteil, dass im Bereich der Inneren Sicherheit gesamtschweizerisch nicht einheitlich agiert wird“, sagte André Duvillard, Delegierter des Sicherheitsverbands Schweiz (SVS) und wies darauf hin, dass dies schon der Bericht USIS (Überprüfung des Systems der Inneren Sicherheit der Schweiz) vor 14 Jahren ans Licht gebracht hatte. Zwar würde heute auf verschiedenen Stufen besser zusammen gearbeitet, so beispielsweise mit verschiedenen kantonsübergreifenden Konkordaten oder auch anhand der Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL), das Optimum sei aber bei weitem noch nicht erreicht. „Ich habe einen Traum, und darin werden sämtliche Sicherheitsorgane des Bundes durch eine Hand geführt, es besteht eine echte Polizeireserve auf Bundesebene, gewissen Kompetenzen verstaatlicht sind, regionalen Kompetenzzentren gebildet und eine gesamtschweizerische Strategie für die Innere Sicherheit entwickelt“, sagte André Duvillard und fügte hinzu: „Leider gehen nicht alle Träume in Erfüllung, darum lohnt es sich, diese auch laut zu formulieren.“

Mehr Personal und bessere Zusammenarbeit

Um auch künftig die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in den Schweiz garantieren zu können, schlug Monica Bonfanti, die Chefin der Genfer Kantonspolizei, mehrere Massnahmen vor: „Wenn alle Kantone mit genügend Personal ausgestattet und eine mobile Reserve auf Bundesebene geschaffen werden, dann ist das aktuelle System die Ideallösung.“ Es sei aber zwingend notwendig, dass die Zusammenarbeit unter den Kantonen verbessert würde. Auf Bundesebene befürwortet die Chefin der Genfer Kantonspolizei die Schaffung eines eigentlichen Sicherheitsdepartements oder etwas ähnlichem, damit die Tätigkeiten besser abgestimmt werden können.

Spontanhilfe durch die Militärpolizei nicht möglich

„Ich finde es eine gute Idee, dass versucht wird, alle Sicherheitsorgane des Bundes zusammen zu bringen“, sagte der Kommandant der Militärischen Sicherheit, Brigadier Beat Eberle. In seinem Referat wies er auch darauf hin, dass für die Militärpolizei kein Polizeigesetz bestünde, sondern nur ca. 70 Erlasse. „Aktuell müssen die Angehörige der

Hauptsponsoren/Sponsors principaux/Sponsors principali



Rechtsschutz
Protection juridique
Protezione giuridica





92. DV Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB
92e AD Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP
92a AD Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP

Militärpolizei selber abschätzen wann sie etwas machen“, sagte Brigadier Eberle und betonte: „Es wäre fair gegenüber den Mitarbeitenden der Militärpolizei, wenn sie genau wüssten wie und wann sie handeln dürfen.“ Als Beispiel dafür wurde aus dem Publikum die Spontanhilfe erwähnt, die die Militärpolizei nicht ohne Einwilligung leisten kann. Eine absurde Situation, denn wenn etwas passiert und ein angeschriebenes Fahrzeug der Militärpolizei nicht eingreift, dann versteht das die Bevölkerung nicht.

„Wenn es mit Konkordaten nicht klappt, dann braucht es Bundesgesetze“

„Wenn ich sehe wie träge die Kantone bei der Entwicklung von etwas gemeinsamen für die Sicherheit sind, dann stelle ich tatsächlich den Föderalismus in Frage“, sagte Nationalrätin Ida Glanzmann. Für sie ist es ein grosses Anliegen, dass die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren, namentlich Polizei, GWK, MiSiCh und Transportpolizei, dahingehend verbessert wird, dass jeder Bereich seine klare Aufgabe hat und sich die Bereiche ergänzen, sowie der Datenaustausch optimal funktioniert. „Dafür müssen Lösungen gefunden werden, entweder durch Konkordate, die aber von allen Kantonen unterzeichnet und umgesetzt werden müssen, oder wenn es nicht anders geht mit Bundesgesetzen.“ Aber auch auf Bundesebene gäbe es Koordinationsbedarf. Hier sei zwar nicht der Föderalismus das Hindernis, sondern die vier Departemente, die für die Sicherheit zuständig sind. „Ich kann mir dafür die Schaffung eines Staatssekretariats für Sicherheit oder etwas ähnliches vorstellen und bin gerne bereit, dies in Bern mit einem Vorstoss zu fordern“, und schloss mit der Aussage: „Ich habe heute meine Aufgabe gefasst und stehe gerne in Bern dafür ein.“

Forderungen des VSPB durchaus mehrheitsfähig

In der anschliessenden Podiumsdiskussion waren sich die Teilnehmenden einig, dass die Forderungen der VSPB-Resolution „Der Föderalismus darf die Sicherheit in der Schweiz nicht schwächen!“ eine sehr gute Grundlage bilden. Denn es dürfe nicht sein, dass das Gärtchendenken die tägliche Arbeit der Polizistinnen und Polizisten erschwert. Abschliessend hielt VSPB-Präsident Jean-Marc Widmer fest, dass die am Vortag beschlossene Resolution ein Schritt in die richtige Richtung ist. „Es bestehen aber noch einige Hürden, wie beispielsweise die Frage nach der gerechten Verteilung der finanziellen Mitteln, das fast schon exzessive Gärtchendenken, oder auch die Trägheit bei nötigen Gesetzesänderungen und der Annahme von Konkordatslösungen, die überwunden werden müssen“, betonte er und bedankte sich schon im Vorfeld bei den Podiumsteilnehmenden für ihre künftige Unterstützung.

Die Resolution „Der Föderalismus darf die Sicherheit in der Schweiz nicht schwächen!“ des VSPB im Überblick:

1. Durchlässige Polizei-Ausbildung für alle Sicherheitsorgane des Bundes, der Kantone, Städte und Gemeinden.
2. Schaffung eines Departements Bereich „Polizeiliche Sicherheitskräfte des Bundes“ u.a. mit Grenzwachkorps, Militärische Sicherheit, Transportpolizei und fedpol.

Hauptsponsoren/Sponsors principaux/Sponsors principali



Rechtsschutz
Protection juridique
Protezione giuridica





92. DV Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB
92e AD Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP
92a AD Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP

3. Optimale Ausnützung der Infrastrukturen durch übergreifende Koordination und Stärkung der Zusammenarbeit.
4. Optimieren der Logistikkosten, u.a. schweizweite einheitliche Beschaffung, Bewirtschaftung und Lagerung.

Eine durchlässige Polizei-Ausbildung sorgt für eine einzige Sprache in der inneren Sicherheit, was zu einer effizienteren und effektiveren Zusammenarbeit führt. Die Ausbildung muss daher ganz klar über alle Stufen vereinheitlicht werden.

Eine **Vereinheitlichung der Bundespolizeiliche Sicherheitskräfte** ermöglicht eine optimale Erfüllung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben auf Stufe Bund. Die derzeitigen Synergieverluste durch die Aufteilung in verschiedene Departemente würden verringert und die Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Polizeikorps würden massiv verbessert werden.

Die komplexe Verteilung der Infrastruktur und die Doppelspurigkeiten erschweren die Arbeit der Polizei, binden unnötig personelle Ressourcen, verursachen Mehrkosten und fördern schlussendlich auch den Täterschutz. Zu oft arbeiten viele Partner in der inneren Sicherheit - auf Grund unterschiedlicher rechtlicher Grundlagen - nur beschränkt zusammen. Das föderalistische Denken kann zum Hindernis werden.

Optimierung der Kosten durch ein wirtschaftliches Beschaffen sämtlichen Materials zu einem optimalen Preis/Leistungsverhältnis. Teure Lagerhaltungen könnten minimiert und Redundanzen schweizweit reduziert werden. Was bereits in Konkordaten geschieht, müsste landesweit ausgebaut werden.

Bild: 140627 Podium DV.jpg

Legende: v.l. Ida Glanzmann (Nationalrätin), André Duvillard (Delegierter Sicherheitsverbund Schweiz), Adrian Plachesi (Moderator), Monica Bonfanti (Chefin der Genfer Kantonspolizei) und Brigadier Beat Eberle (Kommandant der Militärischen Sicherheit)

Bild: Hans Peter Blunier

Für weitere Informationen:

Auf Deutsch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64

Auf Französisch: Jean-Marc Widmer, Präsident VSPB, Tel. 079 941 49 38

Hauptsponsoren/Sponsors principaux/Sponsors principali



Rechtsschutz
Protection juridique
Protezione giuridica

